

## Aus dem Plenum

Auf der Tagesordnung des Februarplenums stand u. a. die Wahl der Thüringer Mitglieder für die 15. Bundesversammlung. Gewählt wurden die folgenden Mitglieder: auf Vorschlag der Fraktion der CDU: Christine Lieberknecht, MdL, Mike Mohring, MdL, Birgit Diezel, MdL, Dieter Althaus, Bernhard Vogel, Dr. Klaus Zeh, MdL; auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE: Elfriede Begrich, Bodo Ramelow, MdL, Dr. Birgit Klaubert, MdL, Prof. Dr. Klaus Dörre, Andrea Wagner, Knut Korschewsky, MdL; auf Vorschlag der Fraktion der SPD: Eleonore Mühlbauer, MdL, Marion Philipp, Peter Heimrich, Matthias Doht; auf Vorschlag der Fraktion der FDP: Uwe Barth, MdL und auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Ulrich Töpfer.

Außerdem standen wieder zahlreiche Anträge und Gesetzesvorlagen auf der Agenda. Der

Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und SPD zur Änderung des Thüringer Landeswahlgesetzes wurde in 1. Beratung behandelt. Einstimmig wurde der Entwurf, der die Neueinteilung der Wahlkreise beinhaltet, in den Innen- als auch in den Justizausschuss überwiesen. Weiterhin stimmten die Abgeordneten des Thüringer Landtags einstimmig für die Änderung des Thüringer Gesetzes zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch und anderer Schriften. Drei Fraktionen reichten einen Beitrag zur Aktuellen Stunde ein. Die Fraktion der FDP beschäftigte sich in ihrem Antrag mit den Auswirkungen des aktuellen Ladenöffnungsgesetzes in Thüringen. Auf Antrag der Fraktion DIE LINKE wurde zum Thema „Freiheit statt Überwachung – Auswirkungen einer möglichen Ratifizierung des Handelsabkommens über Produkt- und

Markenpiraterie (ACTA) auf Thüringen“ diskutiert. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wid-

mete sich der Frage „Internationale Bauausstellung (IBA) in Thüringen vor dem Aus?“



Landtagspräsidentin Birgit Diezel gratuliert am 24. Februar Dr. Lutz Hasse nach seiner erfolgreichen Wahl zum neuen Thüringer Landesbeauftragten für den Datenschutz. Der 52-Jährige folgt Harald Stauch, der das Amt seit 2006 inne hatte. Dr. Hasse, der von der SPD-Fraktion vorgeschlagen wurde, setzte sich in der Abstimmung im Plenum gegen die Kandidatin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Constanze Kurz, durch. (Foto: ari)

## Schweigeminute für die Opfer rechtsextremer Gewalt

Mit einer Schweigeminute gedachten die Abgeordneten des Thüringer Landtags am 23. Februar um 12.00 Uhr zeitgleich zum zentralen Staatsakt in Berlin der Opfer rechtsextremer Gewalt. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) erklärte in ihrer Ansprache: „Wir Abgeordneten des Thüringer Landtags gedenken aller Opfer rechtsextremistischer Gewalt in Deutschland, vor allem aber jenen zehn Menschen, die ihr Leben durch die Verbrechen der Gruppierung NSU verloren haben. Wir Abgeordnete sind noch immer tief betroffen von den kaltblütigen Morden, die an verschiedenen Orten in Deutschland verübt wurden. Über viele Jahre konnte diese Gruppierung mit außergewöhnlich hoher Gewaltbereitschaft Verbrechen planen und durchführen. Umso wichtiger ist nun die umfassende Aufklärung, zu der wir Abgeordnete

unseren Beitrag leisten wollen. Es ist für die Angehörigen und den inneren Zusammenhalt unserer Gesellschaft wichtig, zu sehen, dass die Morde aufgeklärt und die Täter und deren Helfer nach den Gesetzen

Unsere Gesellschaft muss aufkeimendem Rechtsradikalismus schneller und entschiedener begegnen. Unsere Demokratie ist ein hohes und kostbares Gut, das wir bewahren und schützen müssen. Der Thüringer Landtag

geordneten uns auch in Zukunft mit aller Kraft einsetzen. In dieser Stunde sind wir mit unseren Gedanken bei den Opfern und ihren Angehörigen. Sie sind nicht allein. Wir fühlen mit ihnen.“



unseres Rechtsstaates bestraft werden. Ein Ergebnis der noch andauernden Untersuchungen steht jedoch heute schon fest:

ist stets in großer Einigkeit für ein weltoffenes, tolerantes und demokratisches Thüringen eingetreten. Dafür werden wir Ab-

## Untersuchungsausschuss konstituierte sich

Um an der Aufklärung der rechtsextremen Verbrechen serie mitzuwirken, konstituierte sich am 16. Februar der Untersuchungsausschuss 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“. Der Ausschuss wird immer montags in einer Ausschusswoche tagen. Außerdem wurde beschlossen, im Mai erste Sachverständige anzuhören. Darüber hinaus wird der Ausschuss dem Landtag nach einem Jahr einen schriftlichen Zwischenbericht vorlegen. Der Ausschuss tagt einmal im Monat.

## Kurz gemeldet

Anlässlich des Safer Internet Days am 7. Februar präsentierte die Thüringer Landesmedienanstalt im Rahmen des Mediengesprächs „Ins Netz gegangen? Die Sichtweisen Jugendlicher zu Facebook & Co“ ihr neues Internetquiz „GamesQuiz 2.0“ der Öffentlichkeit. Landespräsidentin Birgit Diezel übernahm die Schirmherrschaft für das Quiz. +++ Der Thüringer Landtag begrüßte anlässlich der Weiberfastnacht am 16. Februar Thüringer Karnevalisten im Landesparlament. Zudem wurde die Landtagsseite, eine Auszeichnung, die die parlamentarische Berichterstattung würdigt, an den Journalisten Elmar Otto übergeben. +++ Am 17. Februar eröffnete Landtagspräsidentin Diezel eine Ausstellung der Deutschen Kriegsgräberfürsorge im Landesparlament. +++ Der Gesandte des Königreichs Dänemark Kim Vinthen besuchte am 17. Februar den Thüringer Landtag und informierte die Mitglieder des Europaausschusses über die Ziele der dänischen EU-Ratspräsidentschaft.

## Aus der Arbeit der Ausschüsse

### Innenausschuss

#### Ausschuss beriet über Immobilienerwerb durch Rechtsextremisten

Der Innenausschuss des Thüringer Landtags beriet in seiner Sitzung am 17. Februar über die in jüngster Vergangenheit stattgefundenen Immobilienverkäufe an Personen mit rechtsextremem Hintergrund. Einstimmig forderten die Abgeordneten die Landesregierung auf, juristische als auch verwaltungstechnische Mechanismen aufzuzeigen, die derartige Veräußerungen von Grundstücken und Gebäuden verhindern können. Weiterhin werden die Ausschussmitglieder ein Anschreiben für sämtliche Thüringer Kommunen erarbeiten, in dem entsprechende Empfehlungen und Handlungs-

richtlinien aufgezeigt werden, die als Hilfestellung beim versuchten bzw. bereits erfolgten Erwerb von Immobilien von Personen mit rechtsextremem Hintergrund bzw. rechtsextremen Vereinigungen und Verbänden dienen sollen. „Die Mitglieder des Innenausschusses rufen die Thüringer Kommunen als auch die Bürgerinnen und Bürger zu größtmöglicher Sensibilität auf. Ein bereits bestehender Leitfaden der Landesregierung hilft Betroffenen als auch Kommunen und klärt über die korrekten Handlungsweisen auf“, so der Vorsitzende Matthias Hey (SPD) nach der Sitzung.

## Veranstaltungen im Landtag

### Spendenaktion „Thüringen sagt Ja zu Kindern!“ Rund 136.000 Euro wurden übergeben

Insgesamt 136.151,24 Euro konnten in der Vorweihnachtszeit des vergangenen Jahres im Rahmen der gemeinsamen Spendenaktion „Thüringen sagt Ja zu Kindern!“ gesammelt werden. Die Gemeinschaftsaktion fand bereits zum fünften Mal statt. Wieder waren neben dem Thüringer Landtag auch das Thüringer Sozialministerium, Anten-

die hohe Spendenbereitschaft der Bevölkerung zeigen, dass Thüringen ein kinderfreundliches Land ist. Schutz und Fürsorge für Kinder und Jugendliche in Not bleiben Anliegen, die höchste Priorität haben.“ Die ausgewählten Projekte waren in diesem Jahr: das „TIZIAN-Projekt“ der Jugendberufshilfe Thüringen e.V. aus Nordthüringen, das Projekt „Star-



ne Thüringen, die Thüringische Landeszeitung sowie der Paritätische Wohlfahrtsverband Thüringen beteiligt. Am 15. Februar 2012 konnten die gesammelten Spenden schließlich an fünf ausgewählte Thüringer Hilfsprojekte übergeben werden. Jedes der Projekte erhielt 27.230,50 Euro. Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU), die zugleich Schirmherrin der Aktion ist, freute sich über die Spendenbereitschaft der Thüringer Bürgerinnen und Bürger: „Der Einfallsreichtum und

ke Mädchen - Mädchen lernen sich wehren“ des Suhler Sportbunds, die Begegnungsstätte „LIORA“ des Diakoniewerks Gotha, das Projekt „Sonntagskinder“ des Vereins Kontakt in Krisen in Erfurt sowie die „Kinderwerkstatt“ des Vereins we4kids e. V. aus Rückersdorf OT Reust. Auch in den vergangenen Jahren war „Thüringen sagt Ja zu Kindern!“ bereits sehr erfolgreich. Insgesamt konnten bisher so 31 Projekte gefördert und damit rund 571.000 Euro übergeben werden.

## Aus dem Landtag

### Neue Ausstellung „Faszination in Form und Farbe“ im Landtag

Als erste Kunstaussstellung des Jahres 2012 wurde am 22. Februar im Thüringer Landtag die Ausstellung „Faszination in Form und Farbe“ von Günther Jahn unter großem Besucherandrang eröffnet. Der vor einem Jahr ver-

pflichtet fühlte, betonte Frau Diezel abschließend. Günther Jahn war, 1933 in Sondershausen geboren, sogar ohne Studium im Jahr 1964 in den Verband bildender Künstler der DDR aufgenommen worden



storbene Künstler zählt zu den bedeutendsten Vertretern der Thüringer Gegenwartskunst. In ihrer Rede würdigte Landtagspräsidentin Birgit Diezel (CDU) Günther Jahn als einen „stillen Magier der Formen und Farben. Sein Schaffen besticht durch eine technische Vielseitigkeit“, so die Landtagspräsidentin weiter, „die in den Stillleben ebenso vollendet zur Geltung kommt wie in den Porträts, den Landschaftsbildern oder den Holzschnitten.“ Er sei ein Künstler, der sich zeit seines Lebens stets seinem kreativen Schaffen und nie der reinen Auftragskunst

und hatte die staatliche Anerkennung als Maler und Grafiker erhalten. Neben seinem künstlerischen Schaffen hatte er dann bis 1980 an verschiedenen Gymnasien als Kunstlehrer gearbeitet. Bei der Ausstellungseröffnung war auch seine Familie anwesend. Die Ausstellung ist noch bis zum 30. März im Landtag zu sehen und alle interessierten Besucher sind herzlich eingeladen, sie montags bis freitags von 8.00 bis 18.00 Uhr, am Wochenende und an Plenartagen nach Vereinbarung zu besuchen. Der Eintritt ist frei.

### Jahrbuch 2011 erschienen

„Der Thüringer Landtag 2011 - Ein Rückblick“, so heißt das im Februar erschienene Jahrbuch des Thüringer Landesparlaments. Auf rund hundert Seiten werden die Höhepunkte des parlamentarischen Jahres 2011 vorgestellt. Im Fokus des Jahrbuches steht dabei die Europapolitik. Die Vereinbarung zwischen Parlament und Landesregierung über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtags in Angelegenheiten der Europäischen Union, die Einrichtung eines eigenständigen Europaausschusses sowie die Kontakte zu europäischen Partnerländern und ihren Volksvertretungen setzten in dieser Hinsicht 2011 besondere Akzente. Die Fraktionen des Thüringer Landtags, als auch die Beauftragten des Freistaats zogen in eigenen Beiträgen eine politische Bilanz für das Jahr 2011. Darüber hinaus sind in diesem Band unter anderem die kulturellen

Veranstaltungen wie die Lesung der Nobelpreisträgerin Herta Müller sowie die verschiedenen Ausstellungen beschrieben.



Das Jahrbuch kann im Referat für Öffentlichkeitsarbeit angefordert werden:

**Thüringer Landtag**  
**Referat Öffentlichkeitsarbeit**  
**Jürgen-Fuchs-Straße 1**  
**99096 Erfurt**  
**Tel.: 0361 / 37 72185**



Interkommunale Zusammenarbeit verbessern! Mit dieser Zielstellung veranstaltete die CDU-Fraktion kürzlich ein Forum. Rund 60 Teilnehmer diskutierten über Möglichkeiten und Rahmenbedingungen.

## Mike Mohring: Es können noch erhebliche Reserven erschlossen werden Fraktionsforum zur interkommunalen Zusammenarbeit

Thüringen hat bei der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) noch erhebliche Reserven, die erschlossen werden sollen. Das hat anlässlich eines



Mike Mohring, IKZ-Chef Claus Spandau und Innenminister Jörg Geibert (v.r.) im Gespräch.

Forums der CDU-Landtagsfraktion zur interkommunalen Zusammenarbeit deren Vorsitzender Mike Mohring erklärt. Den rund 60 Teilnehmern der Informationsveranstaltung standen neben Mohring Thüringens Innenminister Jörg Geibert und der Geschäfts-

führer der IKZ Hessen, Claus Spandau, Rede und Antwort. Ziel der Fraktion ist laut Mohring, die rechtlichen Rahmenbedingungen für die interkommunale Zusammenarbeit zu verbessern, Beratungsangebote zu schaffen und die IKZ auch finanziell zu fördern, sofern sie auf Dauer angelegt ist. Zusammenarbeiten könnten etwa Landkreise, Gemeinden oder Städte und Landkreise. Die Vorteile

liegen für den Fraktionsvorsitzenden auf der Hand: „Durch Zusammenarbeit können umfassendere Dienstleistungsangebote leichter aufrecht erhalten werden, Mitarbeiter, Infrastruktur und Geräte werden besser ausgelastet. Auch die Arbeitsqualität profitiert.“

## Einmessungen kostenfrei: Bürger, Wirtschaft und Verwaltung entlasten

Die Landesregierung hat ein Gesetz zur Änderung von Rechtsvorschriften im Vermessungs- und Geoinformationswesen vorgelegt. Demnach sollen Bürger, Wirtschaft und Verwaltung spürbar entlastet werden. Der wohnungsbaupolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Siegfried Wetzel, begrüßte das Ansinnen im Plenum. Die vorliegende Änderung sehe vor, dass zukünftig Einmessungen von Gebäuden

kostenfrei für die Eigentümer durch die Überfliegung gewährleistet werden. Derzeit ist jeder Eigentümer zur Einmessung verantwortlich. So kostet die Einmessung einer Garage 300 Euro und eines durchschnittlichen Einfamilienhauses ca. 800 Euro, welche durch Eigentümer zu tragen sind. Das Land will die Einnahmeverluste durch entsprechende Stellenabbau gegenfinanzieren.

Neben kommunalen Arbeitsgemeinschaften, Zweckvereinbarungen und –verbänden brachte Mohring als weitere Form eine Anstalt des Öffentlichen Rechts ins Gespräch. Wie er ausführte, gibt es mit den IKZ in anderen Ländern wie Hessen gute Erfahrungen. Abschließend sagte Mohring: „Für die CDU steht außer Frage, dass sich mit einer Ausweitung der Zusammenarbeit viele aufgeregte Debatten um größere Landkreise erledigen werden. Entscheidend ist, dass die Aufgaben erledigt werden, aber nicht, wo die Grenzen verlaufen. Das Einsparpotential der IKZ ist real, das einer Gebietsreform bloße Vermutung.“



## Für eine umfassende BAföG-Reform

Thüringen wird sich im Bund für eine Erhöhung des BAföGs einsetzen. Ein entsprechender Antrag der Regierungsfaktionen wurde jetzt vom Landtag verabschiedet. Darin wird unter anderem eine kontinuierliche Anpassung und Erhöhung der BAföG-Freibeträge und -Fördersätze gefordert. Der Koalitionsantrag sieht des weiteren Maßnahmen zur Schließung des so genannten „Mittelstandslochs“ bei der Studienfinanzierung, die Beseitigung von Förderlücken, eine Öffnung des BAföG für in Teilzeit absolvierte Studiengänge bei Studierenden mit Kind oder mit Behinderung sowie eine Berücksichtigung der Pflege naher Angehöriger bei der Bestimmung der Förderungshöchstdauer vor. „Wir sind bei unseren Änderungsvorschlägen von ganz konkreten Problemen des BAföG-Alltags ausgegangen“, erklärte der hochschulpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Dr. Mario Voigt, im Plenum. Hier müsse es dringend zu Verbesserungen im Sinne der Auszubildenden kommen.

## Neue Ausstellung eröffnet: Handwerk und Kunst kennen keine Behinderung



Auf dem Flur der CDU-Fraktion sind derzeit Produkte aus der Auftragsfertigung, dem Kreativbereich sowie verschiedene Bilder zu sehen, die in Werkstätten für Behinderte der Diakoniestiftung Weimar Bad Lobenstein gefertigt worden sind. Bettina Schmidt (2.v.r.), Leiterin der Eingliederungshilfe der Diakoniestiftung, erklärte bei der Ausstellungseröffnung das Konzept der Behinderten-Werkstätten.

## Blauschaf in Fraktion

Ein Blauschaf aus der Künstlerwerkstatt „Blauschäfererei“ (Rainer Bonk und Berta-Maria Reetz) hat seine Heimat in der Thüringer Linksfraktion gefunden. Bodo Ramelow erhielt das originale Geburtstagsgeschenk von der Fraktion der LINKEN in Nordrhein-Westfalen. Die Schafe sind



für das europaweite Aktionsprojekt „Alle sind gleich – jeder ist wichtig!“ entstanden, das sich für ein friedliches Miteinander und für Toleranz einsetzt. „Es gibt keine roten, weißen, gelben, grünen oder schwarzen Schafe mehr – alle Schafe sind blau, alle Schafe sind gleich“, kommentierte Bodo Ramelow mit einem Schmunzeln.

## „Kampfhundegesetz“ verfehlt sein Ziel

Mit Blick auf das „Kampfhundegesetz“ und die neueste „Beißstatistik“ unterstrich MdL Sabine Berninger die Aussagen der Experten, dass eine Rasseliste sachlich nicht haltbar sei. „Das ist keinesfalls verwunderlich. Die in der Rasseliste aufgenommenen vermeintlich per se gefährlichen Hunde sind eben nicht die Beißer.“ Die im vergangenen Juni von den Regierungsfractionen im Landtag eingestuftes sogenannte „Kampfhunde“ finden sich nicht unter den ersten zehn Hunderassen in der Beißstatistik. „Damit wird bestätigt, was die LINKE in den parlamentarischen Beratungen immer kritisiert hat: Dieses Gesetz führt nicht zu mehr Sicherheit und zum Schutz der Bevölkerung.“

## „Ja, wir handelten vorsätzlich im Sinne der Demokratie“ Bodo Ramelow mit anderen Abgeordneten bei „Dresden Nazifrei!“

Während am 18. Februar in Dresden bei der offiziellen Kundgebung der Stadt auf dem Schlossplatz die Teilnehmerzahl überschaubar war, demonstrierten zeitgleich an die zehntausend Menschen mit einem langen Protestzug im Bündnis „Dresden Nazifrei!“. Dass es gelang, den „Traditionstermin“ der Neonazis zu durchkreuzen, bezeichnete der Fraktionsvorsitzende der Thüringer LINKEN als einen „großen Erfolg gegen unerträgliche Nazi-Aufmärsche, die das Leid der Dresdner Bevölkerung instrumentalisieren, um Verantwortung für Völkermord und Holocaust zu relativieren“.

Starken Beifall gab es auch für die Rede des LINKEN Politikers auf der Abschlusskundgebung. Bodo Ramelow hatte nämlich kurzerhand aus dem ihm wenige Tage zuvor zugestellten Strafbefehl vom Amtsgericht Dresden vorgelesen, in dem er „beschuldigt“ wird „gemeinschaftlich handelnd in der Absicht, einen nicht verbotenen Aufzug zu verhindern oder sonst seine Durchführung zu vereiteln, eine grobe

Störung verursacht zu haben“. Dafür wurde eine Geldstrafe von 3.400 Euro festgesetzt, die der Fraktionsvorsitzende aber nicht gewillt ist zu zahlen. Der Strafbefehl beginnt: „Am 13.02.2010

„wurde durch die andauernde Menschenansammlung in seinem genehmigten Streckenverlauf vereitelt, wie das von Ihnen beabsichtigt war“. „Ja, wir handelten vorsätzlich im Sinne einer



beteiligten Sie sich mit weiteren mehreren tausend Personen maßgeblich an der Blockade des genehmigten Aufzuges der Jungen Landsmannschaft Ostdeutschlands (JLO) auf der Hansa-Straße in Dresden hinter dem Bahnhof-Neustadt.“ Der Aufzug

demokratischen Gesellschaft“, rief Bodo Ramelow den Demonstranten in Dresden zu. Und: „Wir dürfen uns nicht auseinander dividieren lassen.“ Denn, „Faschismus ist keine Meinungsäußerung, Faschismus ist ein Verbrechen“.

## Zahl der Angriffe auf Büros von Abgeordneten unvermindert hoch

Auch im Jahr 2011 sind Büros von Landtagsabgeordneten und Parteien politisch motivierten Angriffen ausgesetzt gewesen. Auf eine Anfrage von MdL Martina Renner teilte die Landesregierung mit, dass ihr 24 Fälle bekannt sind, von denen 19 den Bereich der politisch motivierten Kriminalität zugeordnet werden. Nicht in einem Fall konnten die Täter ermittelt werden.

Die Partei DIE LINKE und ihre Abgeordnetenbüros waren wiederum überdurchschnittlich von den Anschlägen betroffen. Von den zehn als nachgewiesen rechtsextrem

motivierten Anschlägen richteten sich allein acht gegen LINKE-Einrichtungen. „Die Tatsache, dass politisches Engagement gegen Rechtsextremismus demokratische Politiker und deren Büros zur Zielscheibe rechts-extremer Straf- und Gewalttaten macht, ist besorgniserregend. Das dahinter stehende Ziel, antifaschistische Politiker mit Gewaltaktionen zu bedrohen und einschüchtern zu wollen, ist offenkundig. Die Sicherheitsbehörden sind gefordert, diese Anschlä-

ge nicht auf die leichte Schulter zu nehmen, sondern konsequent die Aufklärung der Straftaten und die Ermittlung der Täter voranzutreiben. Dessen ungeachtet bietet ein breites gesellschaftliches und solidarisches Engagement nicht nur gegen Straftäter, sondern auch gegen neonazistische Einstellungen, den besten Schutz politisch und demokratisch Engagierter“, so Martina Renner (Foto).



## Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts

Neu erschienen ist das Buch „It's the Internet, stupid! Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts“ (VSA-Verlag). Sechs Beiträge sind komplett oder teilweise in der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag entstanden. Bodo Ramelow, einer der Herausgeber des Buches, hat einen Beitrag zum Verhältnis von Internet und Demokratie beigetragen. André Blechschmidt, medienpolitischer Sprecher, betont den Zusammenhang von Medienkompetenz und Demokratieerziehung. Stefan Wogawa, In-

ternetredakteur der Linksfraktion, hebt in seinem Beitrag zum Cyberwar die traditionell enge Verbindung von Informationstechnik und Militär hervor. Gemeinsam mit Paul Wellsow, Referent für Grundsatzfragen, analysiert er die Aktivitäten der Fraktion im Web 2.0 als Beispiel für eine moderne politische Kommunikation angesichts der Wandlungsprozesse der Medienlandschaft.

Bodo Ramelow u.a. (Hg.): It's the Internet, stupid! Die Linken und die „Schienennetze“ des 21. Jahrhunderts, Hamburg 2012





Der Landtag hat einen neuen Datenschutzbeauftragten. Der 52-jährige Jurist Dr. Lutz Hasse wurde im vergangenen Plenum auf Vorschlag der SPD-Fraktion im ersten Wahlgang vom Landtag gewählt. Hasse hat bereits vier Jahre als Referatsleiter beim vorherigen Landesdatenschutzbeauftragten Erfahrungen sammeln können und hat mehrfach zu datenschutzrechtlichen Themen publiziert. „Er besitzt Kenntnisse aus Wissenschaft und Praxis“, ist sich SPD-Fraktionschef Uwe Höhn sicher. Die SPD-Fraktion wünscht Lutz Hasse viel Erfolg bei seiner neuen Aufgabe.

(Im Bild: Der neue Datenschutzbeauftragte Dr. Lutz Hasse mit SPD-Fraktionschef Uwe Höhn und dem parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion Dr. Werner Pidde.)

## SPD- und CDU-Fraktion für eine umfassende BAföG-Reform

Thüringen wird sich auf Bundesebene für eine Reform der Ausbildungsfinanzierung einsetzen. Das ist ein Ergebnis der vergangenen Plenarsitzung. Die Koalitionsfraktionen beschlossen einen Antrag, in dem unter anderem eine kontinuierliche Anpassung und Erhöhung der BAföG-Freibeträge und -Fördersätze gefordert wird. „Mit dieser Regelung erfüllen wir ein wichtiges Anliegen der Auszubildenden, nämlich beim BAföG die Steigerung der Lebenshaltungskosten weit besser abzufedern als bisher“, sagte

## Oberhof: Heftige Debatte im Thüringer Landtag SPD-Fraktion sieht Innenminister in der Pflicht

Matthias Hey, der kommunalpolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag, sieht Innenminister Jörg Geibert in der Pflicht, möglichst schnell angemessene Lösungen in der Oberhof-Frage vorzulegen. Hey begrüßte in der vergangenen Plenarsitzung auch das Urteil des Thüringer Oberverwaltungsgerichtes. Dieses hatte entschieden, dass die Sport- und Tourismushochburg weiterhin hauptamtlich verwaltet werden darf.

Der Sozialdemokrat erwartet vom Thüringer Innenminister, dass dieser nun zügig seine Blockadepolitik in Sachen Oberhof aufhebe. „Das Innenministerium muss sich vorbehaltlos hinter das Entwicklungskonzept der Landesregierung stellen“, forderte Hey im Plenum. In einer kontroversen Debatte stellte Hey klar, dass dieses Konzept derzeit besonders aktiv vom Wirtschafts- und vom Sozialministerium, die beide SPD-geführt sind, vorangetrieben werde.

Rolf Baumann, der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Fraktion im Thüringer Landtag,



Als schlagfertiger Redner bekannt: Matthias Hey

ist über die Entscheidung des Thüringer Oberverwaltungsgerichtes in der Oberhof-Frage ebenso erfreut. Dieses hatte eine Beschwerde des Landesverwaltungsamtes zurückgewiesen. Damit steht fest, dass Oberhof auch künftig hauptamtlich verwaltet werden darf. „Der Thüringer Innenminister bleibt aber in der Pflicht, möglichst schnell eine ange-

messene Lösung für die Strukturprobleme vorzulegen“, so Baumann. Hey verlangt, dass Geibert „nun mit den potentiellen Partnern Oberhofs, die für eine zukünftige kommunale Struktur in Frage kommen, Gespräche führt“. Die intensiven Bemühungen des Oberhofer Stadtrates auf der Suche nach einem größeren kommunalen Partner dürften nicht allein auf die Oberhofer abgewälzt werden. Hier bedürfe es einer aktiven Mitwirkung des zuständigen Ministeriums.

„Dabei sollten alle Probleme, die es für die Tourismushochburg kurz-, mittel- und langfristig zu lösen gilt, auf den Tisch.“ Schließlich hat sich die Landesregierung mit dem Handlungskonzept Oberhof verpflichtet, das Thüringer Wintersportzentrum Oberhof zu erhalten und weiter zu entwickeln.



Dr. Thomas Hartung (Foto), hochschulpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, im Anschluss an die Debatte. Der Koalitionsantrag sieht des weiteren Maßnahmen zur Schließung des so genannten „Mittelstandslochs“ bei der Studienfinanzierung, die Beseitigung von Förderlücken, eine Öffnung des BAföG für in Teilzeit absolvierte Studiengänge bei Studierenden mit Kind oder mit Behinderung sowie eine Berücksichtigung der Pflege naher Angehöriger bei der Bestimmung der Förderungshöchstdauer vor. Hier müsse es dringend zu Verbesserungen im Sinne der Auszubildenden kommen. „Der Antrag von SPD und CDU zeigt, dass sich die Regierungskoalition in einem wichtigen Sachthema problemlos auf vernünftige und machbare Lösungen einigen kann“, freut sich Hartung.

## FDP warnt vor Verschärfung der Pflegekrise Koppe: „EU-Regelung bremst Pflegenachwuchs aus“

„Wird diese Regelung so umgesetzt, wird der Fachkräftemangel in der Pflege noch schneller noch dramatischer werden“, warnt der gesundheitspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion Mariann Koppe. „Betroffene Akteure sprechen vom Todesstoß für die Pflege im ländlichen Raum“. Zur Jahreswende wurde dem EU-Parlament eine in Deutschland höchst umstrittene Änderung der Berufsanerkennungsrichtlinie unterbreitet. Neben der Anhebung der erforderlichen Zugangsvoraussetzung für Pflegeausbildungen auf zwölf Schuljahre beinhalte diese Regelung eine Vielzahl an Änderungen des europäischen Berufsanerkennungsrechts. „Damit wäre für die Ausbildung zum Kranken- oder Altenpfleger das Abitur zwingend. Das ist nicht nur unsinnig, sondern vor allem kontraproduktiv, denn es fehlen schon jetzt ausreichend Auszubildende“, kritisiert Koppe. So werde der Weg zum Kranken- oder Altenpfleger in Deutschland erschwert – und dies bei einem ständig steigenden Bedarf aufgrund der demografischen Entwicklung. Für Thüringen selbst hätte dies drastische Folgen. Dagegen hatte die FDP-Fraktion im Februar-Plenum einen Antrag eingereicht, den alle anderen Fraktionen ablehnten. „Hier wurde die Chance verschenkt, von Thüringen aus Einfluss in Europa zu nehmen“, bedauert Koppe, der auch europapolitischer Sprecher der Fraktion ist. Unverständlich sei den Liberalen, dass der Thüringer Landtag damit gegen einen fraktionsübergreifenden Beschluss auf Bundesebene gestimmt habe. Hier werde die Zukunftsfähigkeit des Freistaates aufs Spiel gesetzt.

## Messestandort Thüringen im Blick

FDP-Fraktion auch 2012 wieder mit Präsentation auf Thüringens größter Verbraucherausstellung

„Thüringen als Messe- und Veranstaltungsstandort liegt



der FDP besonders am Herzen“, betonte Uwe Barth, Vorsitzender der FDP-Fraktion im Thüringer Landtag. Deswegen war die Fraktion in diesem Jahr als einzige Landtagsfraktion auch wieder auf der Thüringen Ausstellung in Erfurt mit einem Stand präsent. Highlight der Präsentation war die von Salve-TV am 29. Februar aufgezeichnete öffentliche Fraktionssitzung auf der Messe. Mit den Präsidenten der beiden Thüringer Drittligafußballvereinen Rolf Rombach und Rainer Zipfel und den Messebesuchern diskutierten die Mitglieder der FDP-Fraktion über die geplanten Multifunktionsarenen in Erfurt und Jena. Am Tag der Abstimmung des Erfurter Stadtrates über das Konzept und den Förderantrag befragten die Liberalen unter dem Titel „Neue Stadien braucht das Land?!“ die Prä-

sidenten der Vereine zum Zustand der beiden Stadien und zur Nutzung. „Die Frage, ob Stadien umgebaut werden oder nicht, beantwortet nicht der Thüringer Landtag, sondern das beantworten die Stadträte von Erfurt und Jena“, stellte Uwe Barth fest. Sie seien es, die sich für einen Umbau aussprechen müssen. Das Thüringer Wirtschaftsministerium ent-



scheide im eigenen Ermessen im Rahmen des Haushaltsvollzugs über die Fördermittelfreigabe. Barth und der wirtschaftspolitische Sprecher Thomas L. Kemmerich signalisierten die grundsätzliche Zustimmung der FDP-Fraktion zum Umbau der Stadien, der als Chance für Erfurt und Jena und damit

für Thüringen begriffen werden müsse. Die beiden Vereinspräsidenten dankten der FDP-Fraktion: Mit der Diskussion auf der Messe habe man einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion geleistet. Die Thüringer FDP-Parlamentarier knüpften mit ihrer Messebeteiligung an die erfolgreiche Präsentation auf der Thüringischen Ausstellung in den vergangenen zwei Jahren an. „Uns ist es wichtig, auch außerhalb von Wahlkampfzeiten direkt mit den Menschen ins Gespräch zu kommen“, unterstrich Barth. Dabei stellten sich die Liberalen auch gern kritischen Fragen. „Für die Abgeordneten und Mitarbeiter der Fraktion waren das anstrengende neun Tage, aber es hat sich gelohnt“, bilanzierte der Fraktionschef. Auf der größten Verbrauchermesse Thüringens konnte die Landtagsfraktion auch viele Kontakte zu kleinen und mittelständischen Firmen pflegen. „Transparenz in der Politik – die größte Verbraucherausstellung Thüringens bietet dazu ein ausge-



zeichnetes Podium“, zog Uwe Barth Bilanz.

## Landtag lehnt Schuldenbremse ab

**Barth: „Nur bei der FDP gibt es ein echtes Interesse für die Aufnahme der Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung.“**

„Die Aufnahme einer Schuldenbremse in die Thüringer Verfassung wäre ein Signal des Freistaates gewesen“, bedauert der Vorsitzende der FDP-Landtagsfraktion, Uwe Barth, die Ablehnung des FDP-Antrages auf Änderung von Verfassung und Landeshaushaltsordnung. Ein echtes Interesse daran bestehe offenbar nur bei der FDP-Fraktion, kommentierte er das enttäuschende Abstimmungsergebnis. Thüringen drohe der Verlust auch des kleinsten Ge-

staltungsspielraums und irgendwann auch der gesamten politischen Handlungsfähigkeit. Er habe kein Vertrauen, dass es den Regierungsfaktionen CDU und SPD gelinge, der fortlaufenden Verschuldung des Freistaates ein Ende zu setzen, sagte Barth mit Blick auf die aktuelle Diskussion zur Bewirtschaftungssperre. Der Testlauf zum Erreichen der schwarzen Null sei jedenfalls schon misslungen. Auch Steuererhöhungen seien

ein Irrweg, erklärte der haushaltspolitische Sprecher der FDP-Fraktion Lutz Recknagel. Er verwies in der Debatte darauf, dass es in Thüringen kaum Einkommensmillionäre gibt, die über die Erhöhung des Steuersatzes zur Senkung der Staatsverschuldung beitragen könnten. „Zu Schuldenbremse und Haushaltskonsolidierung gibt es keine Alternative“, betonte Recknagel. „Wir werden deshalb nicht müde, weiter für die Schuldenbremse zu werben.“



Die Sprecherin des Chaos Computer Clubs, Constanze Kurz (Mitte), kandidierte für die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN als Datenschutzbeauftragte. Bei der Abstimmung erhielt sie 34 von 82 Stimmen. Als Dank für ihre Kandidatur überreichten ihr Anja Siegesmund und Astrid Rothe-Beinlich eine Torte mit Binär-Code.

## Leider keine Ausschussberatung

Im Landtag wurden im Februar zwei Anträge für eine menschenwürdige medizinische Behandlung von Flüchtlingen behandelt. „Leider wurden die Anliegen nicht einmal zur weiteren Beratung in die Ausschüsse verwiesen“, sagt Astrid Rothe-Bein-

lich, migrationspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN enttäuscht. „Dabei geht es um das Recht eines und einer jeden, medizinische Versorgung zu erfahren.“ Thüringen könnte hier Verbesserungen schaffen. Deshalb hat

die bündnisgrüne Fraktion unter anderem vorgeschlagen, die Rechtsverordnung des Freistaats entsprechend zu ergänzen, zweijährig zur Gesundheitsituation Bericht zu erstatten oder Menschen ohne Aufenthaltsstatus mittels anonymisierten Kran-

kenscheinen den Zugang zu Ärzten zu gewährleisten. „Wir sehen die Politik beim Umgang mit Flüchtlingen in der Verantwortung. Auch deshalb machen wir uns auch auf Bundesebene dafür stark, dieses Gesetz endlich abzuschaffen“, so Rothe-Beinlich.



Am 10. Februar diskutierten auf Einladung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Reinhard Bütikofer (Fraktion Die Grünen im EU-Parlament), Dr. Nicolaus Heinen (Deutsche Bank), Wirtschaftsminister Matthias Machnig (SPD) und Carsten Meyer (Landtagsfraktion) im Haus Dacheröden Lösungen für die Euro-Krise.

## Verlässliche Finanzierung für kommunale Straßen

Mit dem Thüringer Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz schlägt die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vor, die Zweckbindung der Bundesmittel für Verkehrsinvestitionen auch nach 2013 fortzusetzen. Jennifer Schubert, verkehrspolitische Sprecherin der Bündnisgrünen, freut sich auf die Beratung des Entwurfs im zuständigen Verkehrsausschuss: „Der Sanierungsstau ist gerade bei kommunalen Straßen hoch. Deshalb schlagen wir vor, dass die noch vorhandenen Bundesmittel in Höhe von insgesamt 50 Millionen Euro jährlich auch für die Grunds-

nierung ausgegeben werden können. Wir brauchen eine flexiblere Handhabung der Gelder.“ Die Fraktion schlägt außerdem vor, weitere Fördertatbestände in das Gesetz aufzunehmen, wie zum Beispiel Lärmschutzmaßnahmen und Car-sharing-Stationen. Die Abgeordnete begrüßt grundsätzlich den Vorschlag der Landesregierung, die Fördermittel als zinslose Darlehen auszureichen, betont aber: „Die Förderung muss in ein Gesetz mit klaren Prioritäten eingebettet sein. Dazu gehört unbedingt die Beteiligung des Parlaments.“

## Antibiotikaeinsatz nachhaltig reduzieren

Zum Februar-Plenum hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einen Antrag zur Reduzierung des Antibiotikaeinsatzes in der landwirtschaftlichen Tierhaltung eingebracht.

„Es genügt nicht zu fordern, dass der Einsatz von Antibiotika auf das fachlich notwendige Maß reduziert wird“, sagt Dr. Frank Augsten, Verbraucherschutzpolitiker der Grünen. „Denn schon jetzt setzen die Betriebe Antibiotika nicht unbegründet ein, zumal Medikamente viel Geld kosten.“ Der Antibiotika-Einsatz ist vielmehr Teil eines Systems, dass Tiere in Anlagen

sperrt, in denen sie krank werden müssen und sie nur durch hohe Medikamentengaben am Leben gehalten werden können. Um das Problem im Kern zu lösen, braucht es eine Tierhaltung, die Tiere nicht systemisch krank macht. „Unser Vorbild ist dabei die Tierhaltung nach EU-Öko-Verordnung. Als Konsequenz können nicht mehr so viele Tiere gehalten werden und wir sind aufgefordert unseren Fleischkonsum zu verringern“, so Augsten. Der grüne Antrag wurde einstimmig zur weiteren Beratung in die zuständigen Fachausschüsse überwiesen.



Am 13. Februar traf sich die Landtagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Dresden mit sächsischen Grünen und beteiligte sich danach am „Täterspurenrundgang“ in der sächsischen Hauptstadt.

## Die Landesbeauftragten

Die Bürgerbeauftragte  
des Freistaats Thüringen  
www.bueb.thueringen.de  
Tel.: 0361 3771871  
Fax: 0361 3771872  
Mail: buergerbeauftragte@  
landtag.thueringen.de

Thüringer Landesbeauftragter  
für den Datenschutz  
www.thueringen.de/datenschutz  
Tel.: 0361 3771900  
Fax: 0361 3771904  
Mail: poststelle@datenschutz.  
thueringen.de

Die Landesbeauftragte  
für die Unterlagen des  
Staatssicherheitsdienstes der  
ehemaligen DDR  
www.thueringen.de/tlstu  
Tel.: 0361 37 71951  
Fax: 0361 37 71952  
Mail: tlstu@t-online.de

### IMPRESSUM

**Herausgeber:**  
Thüringer Landtag  
Pressestelle  
Jürgen-Fuchs-Straße 1  
99096 Erfurt

**Redaktion:**  
Dr. Detlef Baer

**Satz und Layout:**  
Ines Born

**Druck:**  
Thüringer Druckhaus  
Gast & Frisch GmbH,  
Eisenach

Für den Inhalt ihrer Beiträge sind die  
Fraktionen und Beauftragten verant-  
wortlich.

Der Landtagskurier erscheint  
monatlich.  
Der Bezug ist kostenfrei sowohl  
über den Postweg als auch über  
E-Mail möglich.

Tel.: 0361 3772006  
Fax: 0361 3772004

poststelle@landtag.thueringen.de  
www.thueringen-landtag.de



## Die Bürgerbeauftragte

### Bürgerbeauftragte bei der Thüringen-Ausstellung

Vom 25. Februar bis zum  
4. März 2012 waren die Erfurter  
Messehallen wieder Schauplatz  
der beliebten, im Vorjahr von  
79.369 Interessierten besuchten  
Thüringen-Ausstellung. Auch  
in diesem Jahr war der Thürin-  
ger Landtag mit einem Stand  
präsent, an dem die Bürgerbe-  
auftragte den Bürgerinnen und  
Bürgern an zwei Messetagen  
Rede und Antwort stand.

Das angebotene Informations-  
material stieß auf reges Inter-  
esse der Besucher, die sich ins-  
besondere zu den Themen Pa-  
tientenverfügung und Vorsor-  
gevollmacht, Unterstützung der

Bundesagentur für Arbeit für äl-  
tere und gesundheitlich weni-  
ger belastbare Arbeitslose, mit



der Bürgerbeauftragten und  
ihren Mitarbeiterinnen aus-  
tauschten. Einige Bürgerinnen

und Bürger brachten allerdings  
auch Kritik und Unverständ-  
nis mit einzelnen Entwicklun-  
gen oder aktu-  
ellen Gescheh-  
nissen in der  
Politik zum Aus-  
druck. Einige  
Bürger kündigten  
an, dass sie  
gern von der Ge-  
legenheit Ge-  
brauch machen  
werden, wegen  
ihrer konkreten

Anliegen in der Bürgerspre-  
chunde der Bürgerbeauftrag-  
ten vorzusprechen.

## Der Datenschutzbeauftragte

### Akteneinsichtsrecht und Datenschutz!

Das Recht auf Akteneinsicht ist  
vor allem aus zweierlei Grün-  
den von Bedeutung. Es ergibt  
sich zum einen aus dem An-  
spruch auf rechtliches Gehör.  
Der Einzelne kann dieses Recht  
nur wirksam ausüben, wenn  
er alle seinen Fall betreffen-  
den Umstände kennt. Zum an-  
deren ist das Akteneinsichts-  
recht auch Ausfluss aus dem  
Grundrecht auf informationelle  
Selbstbestimmung. Jedermann  
hat nach der Rechtsprechung  
des Bundesverfassungsgerichts  
das Recht, grundsätzlich selbst  
über die Preisgabe und Ver-  
wendung seiner personenbe-  
zogenen Daten zu bestimmen.  
Dies ist nur möglich, wenn er  
weiß, welche Daten über ihn  
gespeichert sind. Trotzdem ist  
das Akteneinsichtsrecht aus  
datenschutzrechtlicher Sicht  
ein zweischneidiges Schwert.  
Bei der Gewährung der Akten-  
einsicht ist nämlich auch im-

mer der Schutz der Daten an-  
derer Beteiligten, deren Daten  
sich auch in den Akten befin-  
den, zu beachten. Regelungen  
zur Akteneinsicht finden sich  
in vielen Gesetzen. Grundsätzlich  
geregelt ist die Akteneinsicht  
im (Thüringer) Verwaltungsver-  
fahrensgesetz. Spezielle Re-  
gelungen finden sich beispiels-  
weise in der Strafprozessord-  
nung, den Finanzgesetzen,  
den Gerichtsverfassungsgeset-  
zen und im Sozialgesetzbuch.  
Mit der Änderung des Thürin-  
ger Datenschutzgesetzes wur-  
de jüngst klargestellt: Das da-  
tenschutzrechtliche Auskunfts-  
recht schließt auch das Recht  
auf Einsicht in die betreffenden  
Akten mit ein. Trotz der zahl-  
reichen gesetzlichen Bestim-  
mungen erreichen den Landes-  
beauftragten für den Daten-  
schutz immer wieder Anfragen  
zum Umfang und den Gren-  
zen und der Art und Weise der

Umsetzung der Akteneinsicht.  
Das liegt daran, dass in aller  
Regel in das Ermessen der Behör-  
de gestellt ist, ob und vor al-  
lem in welchem Umfang sie  
Akteneinsicht gewährt. Hierzu  
gibt es nur für einzelne Fach-  
bereiche Vorgaben, die eben-  
falls sehr allgemein gehalten  
sind. Daher besteht in der Pra-  
xis große Unsicherheit, wie das  
Spannungsverhältnis zwischen  
dem Einsichtsrecht des Betrof-  
fenen und dem Schutz der per-  
sonenbezogenen Daten Dritter  
tatsächlich gelöst werden soll.  
Da jeder Fall anders gestaltet  
ist, können allgemein gültige  
detaillierte gesetzliche Voga-  
ben nur schwer gemacht wer-  
den. Der Landesbeauftragte  
für den Datenschutz würde es  
aber sehr begrüßen, wenn den  
Behörden durch eine Verwal-  
tungsvorschrift die Handha-  
bung des Akteneinsichtsrechts  
erleichtert würde.

## Die Beauftragte für die Stasiunterlagen

### Kurt W. Streubel (1921 bis 2002) Antioper

**Bilder – Texte – Musik**

**Präsentiert von Siegfried Geißler und Rudolf Hild**

**29. März 2012, 19.30 Uhr, Erfurt, Anger, Haus Dacheröden**

**„Wenn es aber Wirklichkeits-  
sinn gibt, dann muss es auch  
etwas geben, das man  
Möglichkeitssinn nennen kann.“**

[Robert Musil]

Kurt W. Streubel war ein  
Mensch mit ausgeprägtem  
Möglichkeitssinn. Dieser ver-  
trug sich nicht gut mit dem  
sozialistischen Realismus, der  
nur das optisch Sichtbare gel-  
ten lässt. Zeichnungen mit Ti-  
teln wie „Parteiversammlung /  
Schmutzige Wäsche 1951“ und

abstrakte Bilder führten da-  
zu, dass er in dem gerade erst  
gegründeten Verband Bilden-  
der Künstler nicht Mitglied sein  
konnte, was einem umfassenden  
Berufsverbot gleichkam. Fa-  
cettenreich und unberechen-  
bar versuchte er sich ideologie-  
frei zu orientieren. Junge Künst-  
ler empfanden die Gespräche  
mit ihm als ein kunstphiloso-  
phisches Training. Streubel  
umriss seine eigene Arbeit als  
„abstrakt-konstruktiv-konkret“.  
1970 entstand im Gespräch

zwischen dem Dirigenten Siegfried  
Geißler mit dem Maler  
und „Schrift-Steller“ die Idee einer  
Anti-Oper, eines Werks für  
die Bühne, das das Sujet in da-  
daistischer Manier an Form  
und Inhalt neu erfindet.  
Im Ringen mit dem Komponi-  
stenverband und der AWA (An-  
stalt zur Wahrung von Auffüh-  
rungsrechten, die DDR-staatliche  
Zensurbehörde) entstanden  
„8 mehr oder weniger  
politische Songs“ aus „Anti-  
oper“.